

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nach Kräften bemüht

Die Rehabilitierung und Entschädigung von Männern, die wegen ihrer Homosexualität verurteilt wurden, zeigt einmal mehr: Deutschland ist nach Kräften bemüht, Unrecht so weit wie möglich wiedergutzumachen. Das Land, dem vom türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan unterstellt werden, tut alles, um auch nach die letzten Fortwritungen nationalsozialistischer Unrechts zu beseitigen. Man darf allerdings nicht vergessen, dass der Homosexuellen-Paragraf zwar unter der NS-Herrschaft verschärft worden war, aber jahrzehntelang vom demokratischen Gesetzgeber und vom Bundesverfassungsgericht bewusst aufrechterhalten und erst 1994 abgeschafft wurde. Die Karlsruhe Richter, die sich auf die Haltung der christlichen Kirchen beriefen, entschieden 1997, die gleichgeschlechtliche Betätigung verstöße „eindeutig gegen das Sittengesetz“. Das waren Entscheidungen eines demokratischen Rechtsstaats – die aber aus heutiger Sicht menschenrechtswidrig sind. Die Rehabilitierung hat auch deshalb so lange gedauert, weil die Aufhebung von Urteilen in einem Rechtsstaat nicht durch Federstrich möglich ist. Mü.

In die eigene Tasche

Man fragt sich schon, warum so viele französische Politiker den Hals nicht voll genug bekommen können. Die einen zahlen ihre Steuern nicht, andere verschleiern Einkünfte, wieder andere beschäftigen Familienmitglieder nur zum Schein. Die Affäre um Scheinbeschäftigungen bringt den republikanischen Bewerber für das Präsidentenamt Fillon wahrscheinlich um seine – ursprünglich guten – Chancen, Nachfolger Präsident Hollandes zu werden. Am Dienstag wurde bekannt, dass die Ermittlungen gegen ihn ausgeweitet werden. Am Dienstag, welche Koinzidenz, trat Innenminister Le Roux zurück – auch er soll seine Töchter nur zum Schein beschäftigt haben. Hollande ließ ihn fallen wie eine heiße Kartoffel. Das Thema ist ja auch heiß, weil der Eindruck vieler Wähler, Politiker seien käuflich und korrupt, bestärkt wird. Muss man sich da wundern, wenn die Leute das Vertrauen in die Politik verlieren und die „politische Elite“ für einen korrupten Haufen halten? Es ist schlimm, dass den Betroffenen jegliches Unrechtsbewusstsein fehlt. Dass sie der Demokratie schaden, scheint sie nicht zu kümmern. K.F.

Obsessionen

Polens Regierung legt es offensichtlich darauf an, im übrigen Europa nicht mehr ernst genommen zu werden. Weil die Staatsanwaltschaft in Polen neuerdings wieder an politische Weisungen gebunden und zudem personell auf Linie gebracht worden ist, wird ihre Strafanzeige gegen EU-Ratspräsident Donald Tusk vermutlich zu einer Anklage führen. Aber was folgt daraus? Außerhalb des polnischen Regierungslagers wird man darin zu Recht einen politischen Prozess und damit einen weiteren Beleg dafür sehen, dass der Rechtsstaat in Polen in Gefahr ist. Für Tusk persönlich wird das Verfahren daher auch nicht zu einem ernsthaften politischen Problem werden – das liegt eher auf der Seite der polnischen Regierung, die damit eine vernünftige Arbeitsbeziehung zu dem von 27 Mitgliedsstaaten im Amt bestätigten Ratspräsidenten unmöglich macht, so ihren Einfluss in Europa weiter minimiert und ihre Isolation vergrößert. Es ist freilich auch für die ganze EU eine große Belastung, dass die Regierung eines großen Mitgliedslandes sich von Obsessionen statt vom Verstand leiten lässt. rve.

Feinde und Verbündete

Wie Erdoğan versucht, seine Macht auszubauen / Von Rainer Hermann

Die Auftritte des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan wirken, als sei er in Panik verfallen. Seine Behauptungen werden immer abstruser und giftiger, je näher das Referendum vom 16. April rückt. Am Mittwoch warnte er in Ankara: „Wenn Europa seinen Weg so fortsetzt, kann sich kein Europäer in irgendeinem Teil der Welt mehr sicher auf den Straßen bewegen.“ Solche Warnungen hatten zuvor nur islamistische Extremisten ausgegeben. Welche Gefahren den Europäern konkret drohen, sagte er nicht. Zuvor hatte er am Dienstag eine Neuausrichtung der Beziehungen zur EU angekündigt, die er abermals „faschistisch“ und „grausam“ nannte. Die Situation in Europa erinnere ihn an die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. Ein „Ja“ bei dem Referendum sei eine Antwort, die „die ganze Welt hören“ solle. Für Empörung hatte auch gesorgt, dass er Deutschland und der Bundeskanzlerin „Nazi-Methoden“ unterstellt hat.

Gründe gibt es, die dafür sprechen, dass Erdoğan in Panik verfällt. Ein Scheitern des Referendums wäre eine Schmach, da er sein gesamtes politisches Kapital in die Einführung eines Präsidentsystems gesteckt hat. Das Referendum ist aber keines-

wegs ein Selbstläufer. Zudem wird es um ihn einsamer. Viele, mit denen er 2001 seine AKP gegründet hatte, sind kaltgestellt. Er vertraut nur noch wenigen. Kritische Stimmen sind um den charismatischen Führer kaum noch auszumachen, die AKP ist ihm bedingungslos ergeben. Sollte eine solche Machtkonstruktion einmal ins Wanken geraten, sie könnte rasch einstürzen.

Erdoğan handelt nicht aus Panik. Für den Erhalt und Ausbau seiner Macht folgt er weiter seiner alten Taktik: Feinde schaffen, um die Anhänger zu mobilisieren, und vorübergehend Verbündete an sich ziehen, die er wieder fallen lässt, sobald sie ihren Zweck erfüllt haben. Derzeit umwirbt Erdoğan die Nationalisten, die er als Mehrheitsbeschaffer braucht. Zuvor hatte er andere Teile der Gesellschaft beschwichtigt und für sich eingenommen. Erst war er nach 2002, als die AKP nach der ersten Teilnahme an einer Wahl mit der Regierungsbildung beauftragt worden war, auf die Liberalen zugegangen, um einen Reformprozess einzuleiten, der seine Macht gestärkt hat. Als das erreicht war, wollte er von dem Versprechen nichts mehr hören, eine liberale Verfassung ausarbeiten zu lassen.

Später ging er auf die Kurden in der Hoffnung zu, dass sie im Gegenzug zu einer Aussöhnung mit dem Staat sein Projekt eines Präsidentsystems unterstützen würden. Als dies nicht geschah, eröffnete er wieder den Krieg gegen sie, der bis heute andauert. Ein nützliches Instrument war auch die Bewegung des Predigers Fethullah Gülen, die er gebraucht hatte, um führende Positionen im Staat zu besetzen. Als er auf einen eigenen Kader zurückgreifen konnte, ließ er auch sie fallen.

Im zweiten Element seiner Taktik identifiziert er Feinde und erklärt sie zur Gefahr für die Türkei, vor der er, Erdoğan, die Menschen aber dann beschütze, wenn sie ihn mit genügend Macht ausstatten. Erdoğan erklärte im Wahlkampf ganz Europa zu seinem Feind und damit zum Feind des türkischen Volkes, zuletzt sogar Bulgarien. Auf Dauer geht das nicht gut. „Schafft man sich in begrenzter Zahl Feinde, erhöht man den Zusammenhalt des eigenen Lagers“, sagt der liberale türkische Politikwissenschaftler Baskin Oran. „Schafft man sich aber grenzenlos Feinde, löst sich dieser Zusammenhalt auf.“ Möglicherweise verzichtet die AKP-Führung auch aus dieser Einsicht darauf, wei-

tere Minister für den Wahlkampf nach Deutschland zu schicken.

Erdoğan hat Europa zum Feind erklärt und sucht dort nach schwachen Punkten. „So wie Putin den schwachen Punkt der Ukraine in der Krim gesehen hat, sah Erdoğan Europas schwachen Punkt in Deutschland und Holland“, beobachtet der im Exil lebende türkische Journalist Yavuz Baydar. Erdoğan habe geglaubt, gegenüber „einem Europa ohne Leidenfähigkeit“ – so nimmt er den Kontinent wahr – die Oberhand behalten zu können. Auch in einem weiteren Punkt folgt Erdoğan dem Verhalten Putins. Beide sahen sich als Führer, mit denen sich Leute identifizierten, die gegenüber Europa skeptisch blieben, sagt Baydar. Zudem habe Erdoğan bei Putin beobachtet, dass man heute mit dem Übertreten internationaler Normen davonkomme. Von einem solchen politischen Hooliganismus profitierten heute Erdoğan wie Putin. In Erdogans Karten spielt auch, dass die Opposition gegen ihn entlang unterschiedlicher Identitäten gespalten ist und bleibt.

Selbst wenn Erdogans Auftreten wirkt, als gerate er in Panik, so folgt er einem kühlen Kalkül zum Erhalt seiner Macht.



Matthias FEKL

Foto epa

Anti-Macron

Ein Deutsch-Franzose leitet das französische Innenministerium in der entscheidenden Wahlperiode. Der 39 Jahre alte Matthias Fekl ist am Mittwoch in das Hotel de Beauvau eingezogen, den schmucken Amtspalast der Innenminister, der schräg gegenüber vom Elysée-Palast liegt. Sein Vorgänger Bruno Le Roux musste wegen Korruptionsverdachts kurzfristig zurücktreten. Für den gebürtigen Frankfurter Fekl ist die Blitzbeförderung nur sieben Wochen vor Ende des Regierungsmandats eine Auszeichnung und eine Herausforderung. Fekl hat den sozialistischen Kandidaten Benoît Hamon stets verteidigt und den sozialliberalen Kurs Emmanuel Macrons verurteilt. „Die Zukunft der Linken liegt nicht im Sozial-Liberalismus“, sagte er kürzlich. In Deutschland und in Großbritannien habe man sich von den Experimenten Schröders und Blairs abgewandt, Frankreichs Sozialisten dürften sich nicht mit Verspätung darauf einlassen. Präsident François Hollande belohnte ihn für diese Positionierung.

In Paris wird Fekl bereits als „Anti-Macron“ porträtiert. Als Sohn eines deutschen Französischlehrers und einer französischen Deutschlehrerin in Frankfurt am Main geboren, wuchs Fekl in Berlin auf. Nach dem „Baccalauréat“ am Französischen Gymnasium in Berlin zog es ihn nach Frankreich, wo er gleich drei Eliteschulen absolvierte, die Ecole Normale Supérieure in Lyon, das Institut d’Études Politiques in Paris und die Ecole nationale d’administration (Ena). Fekl kam ein Jahr später als der gleichaltrige Macron an die Ena. Die beiden Ena-Absolventen schlugen gegensätzliche Laufbahnen ein. Während es Macron zum Geldverdienenden ins Bankhaus Rothschild zog, baute sich Fekl eine Wahlheimat im ländlichen Südwesten Frankreichs auf. Er zog in den Regionalrat von Aquitanien ein und wirkte im Kommunalrat des Städtchens Marmande. 2012 glückte Fekl der Einzug in die Nationalversammlung. Im September 2014 holte Hollande sich den diskreten Nachwuchspolitiker als Staatsminister für Außenhandel, Tourismus und internationale Kooperation an den Kabinettsisch.

Fekl hat sich als kritischer Unterhändler des transatlantischen Freihandelsabkommens einen Namen gemacht. Er zählt zu den interessantesten Globalisierungskritikern, weil er den Freihandel nicht grundsätzlich ablehnt, aber einen klaren Blick auf Missbräuche und Missstände wirft. Fekl sucht in Europa Antworten darauf. Seine Anhänger hat er in der von ihm begründeten Bewegung „Movida“ versammelt. In der Rolle des obersten Sicherheits Hüters Frankreichs steht Fekl fortan an vorderster Front. Dem Innenminister fällt die Aufgabe zu, Terroranschläge zu verhindern und in der Wahlperiode für Ordnung und Sicherheit zu sorgen. Seine ruhige, gelassene Art dürfte Fekl bei dieser Herausforderung helfen. Er hat sich zudem eine Bodenständigkeit bewahrt, die ihm als Dienstherrn von Polizei und Gendarmerie zugutekommen dürfte. Für seine kleine Tochter wird Fekl nur wenig Zeit haben in den nächsten Wochen. MICHAELA WIEGEL

Wie bekundet man „Interesse“?

Eine Staatsanwältin zieht den Zorn der Verteidigungsministerin auf sich / Von Alexander Haneke

Als unabhängige Behörde dürfe die Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren natürlich einstellen, schrieb Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) in einem offenen Brief, der in dieser Woche auf der Internetseite ihres Ministeriums veröffentlicht wurde. „Was aber völlig inakzeptabel ist, ist die Wortwahl, mit der die zuständige Staatsanwaltschaft ihre Entscheidung gegenüber der betroffenen Soldatin begründet.“ Von der Leyen zitiert selbst aus der Verfügung der Staatsanwaltschaft Oldenburg, in der es, an die betroffene Soldatin gerichtet, heißt: „Bei dem von Ihnen beschriebenen ‚Imponiergehabe‘ des Beschuldigten (Posen, Muskelspiel, Aufforderung zum Sex, Griff an das Gesäß) ist jedoch nach allgemeinem (vorwiegend männlichem) Verständnis davon auszugehen, dass der Beschuldigte sein ‚Interesse‘ an Ihnen damit kundtun und nicht, dass er Sie beleidigen wollte.“

Für von der Leyen ist das eine Einschätzung, mit der die Staatsanwaltschaft der Soldatin letztlich bedeute, „sie müsse sich übergriffigen und unverschämtes Verhalten von Kameraden gefallen lassen, weil ein Griff ans Gesäß nach ‚vorwiegend männlichem Verständnis‘ nicht beleidig-

gend gemeint sei“. Solche Interpretationen, fährt die Ministerin fort, seien abenteuerrich und aus der Zeit gefallen.

Tatsächlich ereignete sich der Vorfall, juristisch gesehen, in einer anderen Zeit, im Juni 2015, vor Inkrafttreten der letzten Verschärfung des Sexualstrafrechts im vergangenen November. Damals konnten vor allem sexuelle Belästigungen nur unter sehr engen Voraussetzungen verfolgt werden, entweder als sexuelle Nötigung oder als Beleidigung. Eine sexuelle Nötigung war in vielen Fällen, in denen eine Frau „begrabscht“ wurde, nicht gegeben, da der Täter dafür hätte Gewalt anwenden, drohen, oder zumindest eine hilflose Lage ausnutzen müssen. Fasste ein Mann einer Frau einfach nur im Vorbeigehen ans Gesäß, war das nicht der Fall.

Oft wurden solche Fälle stattdessen als Beleidigung bestraft, wie es offenbar auch der Oldenburger Staatsanwältin vorschwebte, die die Einstellungsverfügung an die Soldatin verfasste. „Die Beleidigungsdelikte hatten aber nie eine Aufzählung von Sexualdelikten“, erklärt der Frankfurter Strafrechtsprofessor Matthias Jahn die juristische Bewertung. Das bedeutet, dass die Gerichte nach dem al-

ten Sexualstrafrecht nicht einfach den Beleidigungstatbestand heranziehen konnten, um Strafbareitslücken bei sexuellen Belästigungen zu schließen. „Wenn ein Mann eine Frau begrabscht, ist das nur dann eine Beleidigung, wenn er mit der Handlung zeigen will: ‚Du wirst dich mir schon fügen, wenn ich dich nur anfasse,‘“ sagt Jahn. Will ein Mann das kommunizieren, hätten auch schon das „Imponiergehabe“ des Soldaten, also das „Posen“, die „Muskelspiele“ und die „Aufforderung zu Sex“ als Beleidigung gelten können. All diese Handlungen könnten schließlich auch so verstanden werden, dass der Mann einer Frau damit seine Verachtung ausdrücken will. Die zuständige Staatsanwältin sah in dem Fall der Soldatin weder eine Nötigung noch ein beleidigendes Gehabe. Sie verwies in ihrer Verfügung darauf, dass der Soldat „nach allgemeinem (vorwiegend männlichem) Verständnis“ nur sein „Interesse“ bekunden, sie aber nicht beleidigen wollte.

Juristisch ist das einwandfrei, wenn man tatsächlich annimmt, dass der Soldat nicht beleidigen wollte. Doch die Ministerin empörte nicht die rechtliche Bewertung, wie ein Sprecher des Verteidigungs-

ministeriums hervorhebt. Von der Leyen sei es gar nicht um den konkreten Fall gegangen. Sie habe stattdessen herausarbeiten wollen, dass die hinter der Begründung stehende Geisteshaltung „in der Bundeswehr keinen Platz“ habe. Denn die Staatsanwältin verwies nicht etwa auf die konkrete Haltung des Soldaten, die sie vielleicht durch eine Vernehmung hätte erfragen können. Sie verwies auf das „allgemeine (vorwiegend männliche) Verständnis“, nach dem ein solches Verhalten nicht beleidigend gemeint sei. Und das, schließt von der Leyen, „signalisiert potenziellen Tätern, dass Übergriffe schon okay sind, wenn es ‚nur‘ darum geht, ‚Interesse‘ an einer Frau oder einem Mann zu bekunden“.

Der Griff ans Gesäß der Soldatin ist seit der Strafrechtsverschärfung inzwischen durch zwei Gesetze verboten. Die Vorschrift zur sexuellen Nötigung wurde um einen Absatz erweitert, der jede „sexuelle Handlung“ gegen den Willen des Betroffenen als „sexuellen Übergriff“ mit bis zu fünf Jahren Haft bestraft. Paragraph 184i ahndet zudem jede Berührung „in sexuell bestimmter Weise“, durch die sich die berührte Person belästigt fühlt.

Fremde Federn: Thomas Oppermann

Otto Wels und die Lehren für unsere Demokratie

Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht“ – ein Satz, der noch heute in die Glieder fährt. Gesagt hat ihn der Fraktionsvorsitzende der SPD, Otto Wels, am 23. März 1933. Auf der Tagesordnung stand das Ermächtigungsgesetz. Dieses sah vor, dass die Regierung anstelle des Reichstages von der Verfassung abweichende Gesetze beschließen kann. Die bürgerlichen Parteien glaubten, Hitler durch ihr „Ja“ milde zu stimmen.

Gegen das Gesetz votierten allein die 94 anwesenden Abgeordneten der SPD. Sie wurden beim Betreten des Gebäudes von Anhängern der Nationalsozialisten beschimpft. Auch im Parlament selbst waren SA und SS aufgereiht. Otto Wels ließ sich nicht einschüchtern und ergriff das Wort: „Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus.“ An Hitler gewandt fuhr er fort: „Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten.“

Kommunisten waren vom Parlament bereits ausgeschlossen; viele von ihnen befanden sich in Haft, wie auch einige SPD-Kollegen. Wels schloss seine Rede mit einem bewegenden Vermächtnis der Hoffnung: „Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekenntnis, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft.“

Als nach Krieg, Tod und Verderben in der jungen Bundesrepublik eine „hellere Zukunft“ begann und am 23. Mai 1949 das Grundgesetz verabschiedet wird, stand in dessen Zentrum der Gedanke einer wehrhaften Demokratie. Das Grundgesetz bietet seit nun 68 Jahren einen stabilen Rahmen für unser demokratisches Gemeinwesen. Immun ist unsere Verfassung gegen Angriffe allerdings nicht. Mittlerweile propagieren Rechtspopulisten überall in Europa Abschottung und nationales Denken. Die EU als Garant für Frieden und Demokratie steht unter Druck: Von außen zeigen Putin und Trump ein unverhohlenes Interesse daran, Europa auseinanderzutreiben. Innen warten Le Pen und Wil-

ders darauf, ihnen dabei zu helfen. Auch in Deutschland gibt es rechte Kräfte, die ihnen nacheifern.

Unsere Demokratie erscheint erstmals verwundbar. Trotz boomender Wirtschaft und niedriger Arbeitslosigkeit sind viele Bürgerinnen und Bürger verunsichert. Die digitale Umwälzung, die internationalen Krisen, die Terrorgefahr – diese Phänomene scheinen kaum noch kontrollierbar. Freiheit und Demokratie aber brauchen das Vertrauen in den Staat und seine Schutzfunktion.

Soziale Sicherheit und öffentliche Ordnung sind tragende Wände unserer Demokratie. Wer sie vernachlässigt und damit instabil werden lässt, gefährdet das Ganze. Das wissen Le Pen, Wilders und die AfD-Funktionäre nur allzu gut und machen es sich zunutze. Als Politiker müssen wir solche zerstörerischen Kräfte politisch bekämpfen. Das heißt diskutieren, Lösungen entwickeln und vor allem überzeugen – und handeln.

Verfassungsfeindliche Parteien, die nicht verboten werden können, sollten durch ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht von der staatlichen Parteienfinanzierung ausgeschlossen wer-

den können. Das müssen wir zügig im Grundgesetz klarstellen – noch in dieser Legislaturperiode.

„Die Weimarer Republik ist letztlich nicht daran gescheitert, dass zu früh zu viele Nazis, sondern dass zu lange zu wenige Demokraten vorhanden waren“, sagte Bundespräsident Richard von Weizsäcker. Deshalb sollte die große Rede von Otto Wels für alle Bürgerinnen und Bürger Mahnung sein, für Freiheit, Respekt und Toleranz einzutreten. Lange Zeit schien es, als funktioniere unser Gemeinwesen auch dann, wenn die Mehrheit das Spiel von der Seitenlinie aus beobachtet, ohne selbst mitzumachen. Geschichte und Gegenwart zeigen uns: Das ist ein Trugschluss!

Alle Bürger müssen sich einbringen. Es geht um Haltung und Zivilcourage, mit der die oft schweigende, demokratisch gesinnte Mehrheit die laute, radikale Minderheit in die Schranken weisen muss. Die Erinnerung an Otto Wels soll dafür Mut machen. Seinen Namen wird in Zukunft das Bundestagsgebäude Unter den Linden 50 tragen.

Der Autor ist Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

Frankfurter Allgemeine SELECTION
AUSGESUCHTES FÜR KLUGE KÖPFE

F.A.Z. Selection steht für herausragende Qualität und anspruchsvolles Design – gefertigt in deutschen Manufakturen und von renommierten Herstellern. Die Produkte werden exklusiv für F.A.Z.-Leser entworfen. Besuchen Sie unseren Online-Shop!

SINN-UHR 6090 F.A.Z. - EDITION
Die auf 100 Exemplare limitierte Sinn-Finanzplatzuhr 6090 F.A.Z. steht für höchste Produktqualität in einem einzigartigen und eleganten Design. Einzig für die F.A.Z. Selection wurde die Finanzplatzuhr mit tiefblauem, seidenmatten Zifferblatt und 3 Zeitzonen entwickelt.
Bleiben Sie immer am Puls der Zeit mit der Frankfurter Finanzplatzuhr als Sonderedition für 3.100 Euro.

F.A.Z. SELECTION | www.faz.net/selection | Info: (069) 75 91-10 10 | Fax: (069) 75 91-80 82 52